

der in allen Bereichen von Hochschulabsolventinnen und -absolventen erwartet wird, muß auch im kirchlichen Dienst selbstverständlich werden.

Wichtig für die Rolle der Kirche an der Hochschule ist ihr Stellenwert im Bistum. Ist es eine „Chefangelegenheit“, sich um Hochschulen zu kümmern? Welche Priorität erhalten die Ressourcen? Kirche an der Hochschule benötigt den Kontakt mit der Umwelt, und sie muß diese Kontakte selbst herstellen: das gilt für die Einbindung in der Hochschule und für die Verknüpfung in der Ortskirche. Notwendig ist die Vernetzung von Kirche an der Hochschule mit Kirche in der Stadt, der Region, im Bistum. Die Entwicklung von Kirche an der Hochschule ist Vorreiter für die Entwicklung der Kirche in den nächsten Jahren. Die Hochschulen sind der Ort, an dem Neues entdeckt und entwickelt wird, an dem immer neue Generationen gebildet und ausgebildet werden. Hochschulen sind „Zukunftswerkstätten“ (Klaus Landfried). Neue

Fragen bedeuten immer auch, Altes in Frage zu stellen. Insofern sind Hochschulen potentieller Hort von Unruhe. Wer Hochschulen und Hochschulgemeinden ruhig stellen will, beendet Hochschulen und Gemeinden.

Kirche muß im Hinblick auf diese Orientierung an der Zukunft in Pastoral an der Hochschule investieren. Priorität zu geben erfordert Aufmerksamkeit der Bistumsleitung. Auf regionaler Ebene sollten die verantwortlichen Hochschulreferenten sich regelmäßig über neuere Entwicklungen in Hochschulen, Hochschulpolitik und Wissenschaft informieren und über Konsequenzen für Struktur, Organisation und Ressourcenplanung, besonders Personalauswahl, -qualifikation, -entwicklung und Personalplanung nachdenken. Es kommt immer auf die handelnden Personen an: „persons make the difference“. Für die einzelnen Personen in der Kirche wie für Kirche an Hochschule gilt: „Seid allezeit bereit zur Verantwortung jedem gegenüber, der von euch Rechenschaft fordert über den Grund eurer Hoffnung“ (1 Petrus 3, 15).
Josef Lange

Demokratie im Werden

Staat, Kirchen und Zivilgesellschaft in Malawi

Malawi, ein kleines und weithin übersehenes Land im südlichen Afrika, hat in den vergangenen Jahren unter maßgeblicher Mitwirkung der Religionsgemeinschaften den Weg zur Demokratie eingeschlagen. In keinem anderen Land Afrikas hat sich der politische und öffentliche Einfluß der Kirchen so erfolgreich institutionalisiert, wobei auch die Muslime mit von der Partie sind. Unser Autor, der deutsche Theologe Martin Ott, lehrt derzeit an der Universität von Malawi in Zomba.

Am 15. Juni dieses Jahres fanden in Malawi die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen statt. Der alte und neue Präsident heißt *Bakili Muluzi*. Seine Partei, die United Democratic Front (UDF), konnte allerdings nicht die absolute Mehrheit der Sitze erringen. Während 93 UDF-Abgeordnete ins Parlament einzogen, konnten 66 Abgeordnete für die Malawi Congress Party (MCP) und 29 Abgeordnete für die Alliance for Democracy (AFORD) die Mehrheit in ihren Wahlkreisen erringen. Damit behaupten die 95 Vertreter der beiden Oppositionsparteien eine knappe Mehrheit gegenüber den 93 Abgeordneten der UDF. Nach den ersten Wahlen im Jahre 1994, die das Ende der 30jährigen Alleinherrschaft des Präsidenten auf Lebenszeit *Hastings Kamuzu Banda* und seiner Malawi Congress Party (MCP) bedeuteten, war der Urnengang im Juni ein wichtiger, wenn auch mit vielen Problemen behafteter Schritt zur Konsolidierung der Demokratie in Malawi.

Circa fünf Millionen Malawier hatte sich in den Vormonaten in die Wählerregister eintragen lassen. Auf Grund unzuverlässiger Statistiken weiß niemand ganz genau, wie diese Zahl im Verhältnis zu den tatsächlich wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern steht. Die rund 4,6 Millionen Malawier, die schließlich am 15. Juni ihren Stimmzettel in die Wahlurne warfen, haben (mit wenigen Ausnahmen) nach regionalen Gesichtspunkten gewählt: im Süden die UDF, in der Mitte die MCP und im Norden AFORD. Kleinere Parteien spielten beim Urnengang keine Rolle, wie auch drei weitere Mitbewerber für das Präsidentenamt keine nennenswerten Stimmzahlen auf sich vereinen konnten.

Um die Vorherrschaft der UDF zu brechen, hatten sich die beiden Oppositionsparteien MCP und AFORD zu einem Zweckbündnis zusammengeschlossen. Beide Parteien waren bei den ersten demokratischen Wahlen im Jahre 1994 noch

„Erzfeinde“. AFORD's Präsident *Chafukwa Chihana* saß während der Zeit der Alleinherrschaft der MCP im Gefängnis, war später im ausländischen Exil und kehrte erst im Jahre 1993 nach Malawi zurück (wo er die ersten Monate wieder im Gefängnis verbrachte). Um überhaupt eine Siegchance zu wahren, verständigten sich beide Parteien darauf, daß der Präsident der MCP, *Gwanda Chakwamba*, mit Chafukwa Chihana als seinem Vize kandidieren sollte. Unter den Mitgliedern beider Parteien war der Widerstand gegen die Allianz entsprechend groß. Spannungen und Spaltungen konnten nur mit der Perspektive auf einen – wenn schon – nur gemeinsamen Wahlerfolg niedergehalten werden.

Eines der ärmsten Länder der Welt

Das offizielle Endergebnis weist einen klaren Vorsprung von rund 350 000 Stimmen für Muluzi gegenüber seinem Herausforderer aus – eine Zahl, die die Menschen im Norden und in der Mitte des Landes nicht akzeptieren können. Angesichts der anhaltenden Spannungen und Unruhen bleibt abzuwarten, ob und wie die Niederlage der Allianz AFORD/MCP von den Menschen hingenommen werden wird. Nach den Wahlen von 1994 waren separatistische Stimmen, obwohl vollkommen unrealistisch, nur mit Mühe zu bändigen.

Malawi ist ein kleines Land (118 000 qkm), im Südosten Afrikas gelegen. Die Binnenlage zwischen Mosambik, Tansania und Sambia „erdrückt“ es nicht nur geographisch. Ressourcenarm und ohne Zugang zum Meer ist es in seinen Importen und Exporten vom guten Willen der Nachbarn abhängig (an dem es aber nie gemangelt hat). Das ehemalige Nyasaland erreichte seine Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht am 6. Juli 1964; der Wille zur politischen Selbständigkeit hatte sich vor allem aus dem Widerstand gegen die verhaßte Föderation Rhodesien-Nyasaland genährt, mit der Großbritannien im Jahre 1953 die (heutigen) Länder Simbabwe, Sambia und Malawi politisch und wirtschaftlich zusammengeführt hatte.

Seine geschichtliche Leistung, Malawi in die Unabhängigkeit geführt zu haben, stilisierte der erste Präsident, *Hastings Kamuzu Banda*, zu einem „Schöpfungsmythos“, in dem er sich selbst als „Vater der Nation“ und „Ngwazi“ (Sieger, so einer seiner offiziellen Titel) inszenierte. Im Laufe der Zeit entwickelte Banda einen immer autokratischeren Führungsstil. Er ließ sich zum Präsidenten auf Lebenszeit ernennen, verbot Gewerkschaften und Oppositionsparteien. Die Presse unterlag strenger Zensur, Oppositionelle wurden verfolgt, eingesperrt oder „den Krokodilen zum Fraß vorgeworfen“, so noch 1988 der Originalton des im November 1997 verstorbenen Altpräsidenten.

Wegen seiner pragmatischen Politik gegenüber dem Apartheidssystem in Südafrika (Südafrika war und ist für Malawi der wichtigste Handelspartner) und seinem strikt antikom-

unistischen Kurs im eigenen Land war Malawi für den Westen ein wichtiger Partner. In der Zeit des Kalten Krieges, als Malawis Nachbarn Mosambik, Sambia, Tansania und Simbabwe mit dem Sozialismus und Kommunismus sympathisierten und von entsprechenden Ländern Unterstützung erhielten, stützte der Westen Malawi politisch und wirtschaftlich und „übersah“ die innenpolitischen Probleme im Bereich Menschenrechte und Demokratie.

Malawi mit seinen rund elf Millionen Einwohnern ist mit einem Jahresdurchschnittseinkommen von rund 180 US-Dollar pro Einwohner eines der ärmsten Länder der Welt. 85 Prozent der Malawier leben in und von der Subsistenzwirtschaft, die Erschließung der geringen Mineralvorkommen ist technisch schwierig und wirtschaftlich unrentabel. Die Alphabetenquote liegt bei circa 45 Prozent, die mittlere Lebenserwartung bei 41 Jahren, die Kindersterblichkeit bis zum 5. Lebensjahr bei 24 Prozent. Malawi ist eines der Länder, in denen die höchste Rate von AIDS-Infizierten weltweit zu verzeichnen ist. Circa 15 Prozent der erwachsenen Bevölkerung zwischen 15 und 49 Jahren sind HIV-positiv, in manchen Bevölkerungsschichten bis zu 50 Prozent. Die Tendenz ist steigend. Da die AIDS-Rate in den Städten unter Menschen in Beschäftigungsverhältnissen am höchsten ist, sind die Auswirkungen auf die Wirtschaft katastrophal (z. B. im Ausfall von qualifiziertem Personal und in der Belastung des Gesundheitssystems).

Man muß sich diese Daten als Rahmen vor Augen halten, wenn man Maßnahmen der Entwicklungshilfe oder der Demokratisierung einschätzen will. In einem Land wie Malawi geben Menschen ohne Zugang zu Geldwirtschaft, Bildung, Information oder Gesundheitsvorsorge zunächst einmal der Befriedigung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse Vorrang. Andere Themen oder Programme, die Entwicklungstheoretiker und Entwicklungspolitiker gerne aufgegriffen sähen, haben in der Perspektive der Armen einen anderen Stellenwert.

Ein Fastenhirtenbrief läutete die Demokratisierung in Malawi ein

Man darf ebenfalls nicht vergessen, daß Menschen in Malawi zum größten Teil noch in ländliche und dörfliche Sozialstrukturen eingebunden sind. Sie werden nun mit einem neuen politischen System konfrontiert, das den Bruch mit althergebrachten Konventionen bedeutet und von ihnen neues Sozialverhalten verlangt. Legitimität von Autorität durch Wahlen, Gesetze und Verwaltungsvorschriften einzufordern ist durchaus unterschieden vom Verhalten gegenüber der „natürlichen“ Autorität des traditionellen Häuptlings (*chief*), der mehr oder weniger willkürlich tun konnte, was er wollte.

Bei der Beendigung der Bandadiktatur in den Jahren 1992 bis 1994 haben die *Kirchen* eine entscheidende Rolle gespielt.

Der Fastenhirtenbrief der katholischen Bischöfe „Living our Faith“, der am 8. März 1992 von allen Kanzeln verlesen wurde, brachte eine Lawine ins Rollen, die den Anfang des Endes der Alleinherrschaft der Malawi Congress Party (MCP) und des Präsidenten brachte. Rasch und effektiv verständigten sich die großen christlichen Kirchen im Land; Morddrohungen gegenüber den Bischöfen konnten dank ökumenischer Solidarität im Land und rascher Intervention der westlichen Botschafter abgewendet werden. Hatten die *Katholiken* den Stein der Veränderung ins Rollen gebracht, so ist vor allem den *Presbyterianern* (Church of Central Africa Presbyterian, CCAP) die Weiterarbeit am nun einsetzenden Umstrukturierungsprozeß in Gesellschaft und Politik zu verdanken. Die Petition des Reformierten Weltbundes an Präsident Banda und das Treffen mit ihm am 4. Juni 1992 sind ebenso historische Ereignisse wie die Veröffentlichung des Fastenhirtenbriefes. Sie haben die strukturellen Veränderungen initiiert, die Malawi schließlich zum Referendum über die Einführung eines Mehrparteiensystems und zu den ersten demokratischen Wahlen geführt haben.

Um ihre Ziele der Demokratisierung und einer breiten Erneuerung der Gesellschaft umzusetzen, gründeten die Malawische Bischofskonferenz, mehrere Mitgliedskirchen des Malawischen Kirchenrates und die Muslim Association of Malawi noch im Jahr 1992 das Public Affairs Committee (PAC). Diente PAC zunächst als ein offizieller Gesprächspartner zu dem in Reaktion auf PAC gegründeten Presidential Committee on Dialogue (PCD), so wuchs der jungen Institution bald die Rolle eines Advokaten in Sachen Menschenrechte, Demokratisierung, Konfliktschlichtung und politischer Aufklärungsarbeit zu.

Der Rechenschaftsbericht nach sieben Jahren PAC ist denn auch beeindruckend: mehrere „Runde Tische“, zu denen PAC Regierung, Parteien, Kirchen und Nicht-Regierungsorganisationen einlud, stellten die Weichen für den Aufbau einer demokratischen Gesellschaft. Kirchenvertreter waren als Schlichter während eines Parlamentsboykotts der Oppositionsparteien und beim Streik des öffentlichen Dienstes im Jahr 1997 tätig. Die Rolle der Medien und die Frage der Ausarbeitung von Parteiprogrammen wurde ebenso aufgegriffen wie ethische Fragen des Führungsstils und der Korruption. In den Jahren 1998 und 1999 setzte PAC einen Schwerpunkt in politischer Aufklärungsarbeit. So wurden auf kommunaler, regionaler und nationaler Ebene systematisch Seminare angeboten.

Angesichts ihrer „Schweigerolle“ unter der dreißigjährigen Alleinherrschaft Bandas war und ist die ihnen durch PAC zugewachsene Rolle für die Kirchen eine gewaltige Herausforderung. Sicherlich wären viele Aktivitäten ohne tatkräftige Unterstützung, auch finanziell, aus Übersee nicht zu leisten gewesen. Aber es gab in den entscheidenden Jahren 1992 bis 1994 eine ganze Reihe von Männern und Frauen aus allen

Kirchen, die sich mutig, mit Zivilcourage und unter Einsatz ihres Lebens gegen die Verletzung der Menschenrechte, für Versammlungs- und Pressefreiheit und für die Einführung der Demokratie im Land einsetzten und so das moralische Fundament für die Glaubwürdigkeit und Ernsthaftigkeit eines politischen Christentums legten.

PAC selbst blieb auch nicht von Zerreißproben verschont. Die presbyterianische Kirche in Malawi setzt sich aus drei Synoden zusammen, die geographisch mit den Regionen des Landes identisch sind. Während die Livingstonia Synod im Norden und die Blantyre Synod im Süden auf den Demokratiekurs einschwenkten, vermochte die Nkhoma Synod in der Landesmitte ihre traditionelle Bindung an Banda (der aus der Zentralregion stammte) und die MCP nicht zu lösen. Ein Scheck an die Synode mit der Unterschrift Bandas führte zum zeitweiligen Ausschluß der Nkhoma Synod aus dem Malawischen Kirchenrat.

Auch die Muslime wirken beim Aufbau der Zivilgesellschaft mit

Die Jahre 1992 bis 1994 waren die interessanteste und aufregendste Zeit (nach der Unabhängigkeit) für den jungen Staat Malawi. Auch aus kirchlicher Sicht geschah Bemerkenswertes. Beobachter haben immer wieder festgestellt, daß die öffentliche Rolle, die den Kirchen mit einem Mal zufiel, in einem auffallenden Kontrast zu ihrem jahrzehntelangen Schweigen und ihrer Imagepflege eines „unpolitischen“ Christentums steht. Einige katholische Bischöfe und evangelische Pastoren standen mit einem Mal an der Spitze von PAC, verhandelten mit Ministern, Generälen und Parteifunktionären, Generalsekretäre der Presbyterianer agierten als Sprecher der malawischen Zivilgesellschaft und anglikanische Bischöfe wurden als Schlichter bei politischen Streitereien zwischen Parteien hinzugezogen.

Die gemeinsame öffentliche Verantwortung schuf ein bisher nicht gekanntes Klima des Vertrauens und der Zusammenarbeit zwischen den christlichen Kirchen, besonders zwischen den Führungspersonen. Man lernte den christlichen Mitbruder oder die Schwesterkirche kennen und schätzen. Vorurteile, zum Teil noch Erbe der konfessionellen Missionsgeschichte, wurden in der Zusammenarbeit an einer gemeinsamen Vision überwunden. Dabei ist durchaus bemerkenswert, daß sich die Motivation dieser ökumenischen Zusammenarbeit nicht aus einem gemeinsamen Feindbild nährte. Präsident Muluzi ist Muslim. Nicht wenige Christen befürchteten nach seiner Wahl eine Islamisierung Malawis. Obwohl es gelegentlich zu verbalen Auseinandersetzungen kam – im Dezember 1997 beschuldigte eine Gruppe evangelikaler Christen Muslime, sie würden Bibeln aufkaufen, um sie anschließend zu verbrennen – ist das Verhältnis zwischen den Religionen – im großen und ganzen – entspannt. In Malawi gehören vor allem viele Mitglieder aus der Volks-

gruppe der Yao dem Islam an. Der Islam ist in Malawi seit rund 150 Jahren beheimatet (also noch vor der Christianisierung), etwa 15 Prozent der Malawier sind Muslime (circa 70 Prozent sind Christen, wobei die Katholiken mit 30 Prozent die größte Einzelkirche darstellen). Seine Auslandsreisen führten den Präsidenten auch nach Saudi-Arabien, Ägypten und Libyen. Im Jahr 1998 verband Muluzi einen Rombesuch bei Johannes Paul II. mit einem Abstecher nach Tripolis zu Muammar Gaddafi – Ausdruck einer eher pragmatischen als ideologischen Reisepolitik. Aus arabischen Ländern flossen Gelder ins Land, die auch zum Bau von Moscheen und islamischen Bildungsstätten verwendet wurden.

Dies hatte aber oft den negativen Effekt, daß Rivalitäten zwischen Muslimgruppen verstärkt wurden und die muslimische Gemeinschaft geschwächt wurde. Angesichts der vorsichtigen Religionspolitik des Präsidenten (in der ersten Regierung Muluzi waren nur drei Muslime Minister) wäre es sicherlich überzogen, von einer versuchten Islamisierung Malawis zu sprechen. Ein katholischer Bischof bezeichnete sie etwas diplomatisch als deren Ermöglichung. Nichtsdestoweniger entlud sich die Enttäuschung und der Zorn über die Wahlniederlage der Allianz AFORD/MCP im Niederbrennen von zwei Moscheen im Norden und in der Mitte Malawis (woraufhin es im Süden als Gegenreaktion zur Zerstörung eines MCP-Büros kam). Die Vorherrschaft der UDF wird bei nicht wenigen Malawiern eben nicht nur regional, sondern auch religiös gedeutet.

Gündungsmitglied von PAC ist auch die *Muslim Association von Malawi*. Ihre Mitarbeit beim Aufbau einer demokratischen Zivilgesellschaft darf nicht unterschätzt werden. Die Kritik der Sheiks an ihrem moslemischen Präsidenten-Bruder ist – wenn nötig – nicht minder scharf als die der Christen – und nimmt allen jenen den Wind aus den Segeln, die die politische Auseinandersetzung auf einen Glaubenskampf reduzieren wollen. Als am 18. Mai dieses Jahres die „Pentecostal Revival Crusade Ministries“, ein Zusammenschluß evangelikaler und charismatischer Kirchen, alle Präsidentschaftskandidaten und führende Politiker aller Parteien zu einem „Presidential Prayer Breakfast“ mit dem Thema „Vergebung, Versöhnung, Einheit“ eingeladen hatten, waren es die Sheiks, die die schärfsten Worte in der Verurteilung von Korruption und Mißwirtschaft im öffentlichen und politischen Leben fanden.

Diese Art öffentlicher Gebetsveranstaltungen ist eine beliebte Form, in der viele Malawier den politischen Einfluß des Christentums als glaubhaft nachvollziehen können. Einige Tage nach dem „Presidential Prayer Breakfast“ hatte PAC Politiker und Öffentlichkeit in das größte Fußballstadium des Landes in Blantyre zu einem Gebet um friedliche Wahlen, Toleranz und Fairneß geladen. Das Großereignis wurde vom Radio live übertragen und wurde von allen Beteiligten als ein großer Erfolg gewertet. Anders als im Westen ist diese Kombination von politischer Einflußnahme und kirchlicher Öff-

entlichkeit gesellschaftlich akzeptiert und spiegelt die nach wie vor hohe geistliche und moralische Autorität der Kirchen wider.

Die religiösen Institutionen kanalisieren hier zudem einen Wunsch nach Harmonie und Gemeinschaft, der Malawiern (und auch anderen Afrikanern) wichtiger ist als die Trennung nach Parteien, Religionen und Konfessionen. Die befriedigenden Effekte, die von diesen Veranstaltungen ausgehen, können nicht gemessen werden, haben aber sicherlich einen nicht unerheblichen Einfluß auf die politische Kultur.

Langfristige Konfliktfelder zwischen Staat und Kirche

Die öffentliche Rolle der Kirchen beschränkte sich freilich nicht auf PAC und dessen Aktivitäten. In den ersten fünf Jahren der Demokratie sprossen zahlreiche Nicht-Regierungsorganisationen aus dem Boden, die die neue politische Freiheit nutzen wollten, um ihre Programme voranzubringen, zum Teil in gleicher Themenausrichtung wie PAC. Viele dieser Gruppen und Grüppchen sind aus offiziellen kirchlichen Organen hervorgegangen oder mit ihnen identisch (wie zum Beispiel die Katholische Kommission *Justitia et Pax*), oder ihr Selbstverständnis gründet sich bewußt auf christliche Ideale. In den neunziger Jahren hatten zudem die westlichen Geber die Nicht-Regierungsorganisationen und die Zivilgesellschaft als Thema, Partner und zu finanzierende Stelle vor Ort entdeckt. In Malawi flossen Millionen in den Aufbau und das Programm der (kirchlichen) NGO's; so mancher Betrag ist dabei auch auf dem Privatkonto eines Funktionärs „liegen geblieben“.

Die Ausdifferenzierung von Gesellschaft und Kirchen in der Demokratie hatte deswegen den Nebeneffekt, daß PAC als zentrales und offizielles Organ des Politikdialogs durch die Errichtung anderer Organisationen geschwächt wurde. Zum erfolgreichsten Programm im Bereich der politischen Bildungsarbeit haben sich – zumindest im Bereich der katholischen Kirche – die „Trainings for Transformation“, entwickelt, eine mit Elementen der Katholischen Soziallehre versehene Übertragung der „Pädagogik der Befreiung“ von Paolo Freire in den afrikanischen Kontext. Durch diese Programme sollen Menschen *at the grassroots* befähigt werden, ihre Bedürfnisse in politische Aktion umzusetzen.

Andere schon vor der Wende im Jahr 1992 etablierte Institutionen der ökumenischen Zusammenarbeit an der Schnittstelle zum Staat agierten weiter und paßten ihre Programme der neuen Situation an. Das Christian Service Committee (CSC) hatten 28 Kirchen im Jahre 1968 gegründet, um Projekte der Kirchen im Bereich Armutsbekämpfung, Gesundheit und Schulen durchzuführen. Nach der Wende verlagerte sich das Projektprofil zunehmend auf Bildungsprogramme und Organisationsaufbau. Die durchgehend effizientere Arbeitsweise der Kirchen und ihr Zugang zu westlichen Gebern

erweckte und verstärkte nicht selten die Konkurrenz und den Neid staatlicher Stellen in gleichen Arbeitsfeldern und erschwerte eine gedeihliche Zusammenarbeit.

Der „Kamuzismus“ der Bandazeit, als jede Entwicklung im Land dem Präsidenten gutgeschrieben wurde, hatte in der öffentlichen Wahrnehmung verdeckt, wie sehr die Kirchen Träger vieler Projekte im Gesundheits- und Schulbereich waren und sind. Doch ohne staatliche Unterstützung können auch in Malawi keine kirchlichen Krankenhäuser und Schulen operieren. Mit steter Regelmäßigkeit versäumt die Regierung, versprochene Gelder an die Christian Health Association of Malawi (CHAM) oder an die kirchlichen Schulträger zu überweisen. Der Streik in CHAM-Krankenhäusern genau aus diesem Grund im Jahre 1998 machte deutlich, daß die Kirchen ihre Rolle als Wächter der Zivilgesellschaft nicht nur auf nationaler Ebene wahrnehmen, sondern auch an der Basis, wo Arme, Kranke und Kinder keine Stimme haben, um ihren elementaren Rechten Gehör zu verschaffen.

Es braucht mehr Sachkompetenz und Erfahrung

Hier, in der konkreten Erfahrung der Armut und der Wahrnehmung der Fehler und Versäumnisse des Staates, liegen denn sicherlich die langfristigen Konfliktfelder zwischen Staat und Kirche. Denn eines hatten die Demokratie und die neue Freiheit Malawi auch beschert: wachsende Korruption in staatlichen Stellen und mangelndes Arbeitsethos bei vielen Angestellten im öffentlichen Dienst, die ihre Beschäftigung mehr als Dienst am eigenen Geldbeutel, denn am Gemeinwohl verstehen. Es ist nur ehrlich, zuzugestehen, daß auch die Kirchen nicht von Korruptionsskandalen verschont blieben und so in der Gefahr stehen, bei der Bevölkerung einen moralischen Kredit zu verspielen, der den Malawiern Freiheit und Demokratie gebracht hatte.

Der Wahlprozeß und die Wahlen im Juni waren ein wichtiger Schritt, die Demokratie in einem Land Afrikas weiter zu verankern, das ein stabiles politisches System braucht, um seine zahlreichen Probleme, vor allem im Bereich der Massenarmut, anzugehen. Politische Beobachter nennen als dringende politische Optionen für die kommende Legislaturperiode die Fortführung der Verfassungsdiskussion, hier vor allem die Einführung des Verhältniswahlrechtes, die Rolle der Medien und eine Reform des Landrechts.

Zusammen mit einer stärkeren Profilierung der Parteiprogramme und einer damit zu erhoffenden Entregionalisierung der Parteienzugehörigkeit scheinen das die notwendigen politischen Instrumente, um die jetzt verbitterten Wahlverlierer aus dem Norden und aus der Mitte des Landes nicht aus dem demokratischen Wettbewerb an die Anarchie oder die Gewalt zu verlieren. Nicht zu vergessen ist die zügige Planung und Durchführung von Kommunalwahlen, um auf diesem Wege Menschen im ganzen Land an politische Entschei-

dungsprozesse zu binden und einer weiteren Entfremdung von Politik und Alltagsleben entgegenzuwirken.

Die Kirchen in Afrika hätten die große politische Aufgabe, die Menschen zur Demokratie zu erziehen, so Erzbischof *Olorunfemi Onaiyekan* von Abuja nach den jüngsten Wahlen in Nigeria. Ein Blick auf die jetzt anstehenden Aufgaben in Malawi macht klar, daß für die Kirchen die Fortsetzung ihrer – aufs Ganze gesehen – erfolgreichen öffentlichen Rolle schwieriger werden wird. Es ist leichter, als Prophet in einer Unrechts-situation die Wahrheit beim Namen zu nennen (und sich moralisch zu profilieren), als kontinuierlich und konstruktiv beim Aufbau einer Gesellschaft mitzuarbeiten.

Obwohl zum Beispiel die katholischen Bischöfe sich seit ihrem historischen Fastenhirtenbrief vom Jahre 1992 jährlich an die Öffentlichkeit gewandt haben, gehen die Inhalte der Folgebriefe substantiell doch nur wenig über „Living our Faith“ hinaus. Die malawischen Kirchen sollten nicht vergessen, daß sie mit dem Public Affairs Committee eine Institution geschaffen haben, die in Afrika einmalig ist. In keinem andern Land hat sich der öffentliche und politische Einfluß der Kirchen so erfolgreich institutionalisiert. Bei einer Fortsetzung des gegenwärtigen Trends muß durchaus vor einer Verzettelung in Kleinstorganisationen und der nicht genügend reflektierten Zusammenarbeit mit anderen NGO's gewarnt werden. Der Profilverlust der Kirchen wäre enorm.

In diesem Zusammenhang kann es durchaus als Chance und „Glück“ für die Kirchen bezeichnet werden, daß der Präsident ein Muslim ist. Dieser Sachverhalt zwingt die Kirchen, sich auf inhaltliche Fragen zu konzentrieren und sich nicht zu sehr – wie zum Beispiel in Sambia – auf die „Christlichkeit“ des Amtsträgers zu konzentrieren, als würde das alleine schon eine christliche Nation gewährleisten.

Für die anstehenden Sachfragen braucht es freilich auch Sachkompetenz und Erfahrung – und beides ist in Malawi nur spärlich zu finden. Die hohe Wertschätzung der Kirchen in Sachen politische Ethik und politische Bildungsarbeit steht in einem eklatanten Mißverhältnis zum Ausbildungsstand des Klerus und der Laien und den Lehrangeboten an den theologischen Bildungsstätten. Für Malawi wäre die Errichtung einer Akademie für soziale und politische Fragen, nach Möglichkeit in ökumenischer Trägerschaft, ein Gebot der Stunde.

Hier könnten die Prinzipien und reichen Erfahrungen zum Beispiel aus der Katholischen Soziallehre und der politischen Ethik anderer Konfessionen unterrichtet, diskutiert und handlungsorientiert über PAC in das politische Alltagsgeschäft eingespeist werden. Die Personalausstattung dieses Instituts mit erfahrenen Sozialethikern aus andern Ländern Afrikas könnte den so wichtigen Süd-Süd-Austausch voranbringen. In einer sich langsam ausdifferenzierenden und sich multireligiös verstehenden malawischen Gesellschaft wäre das ein wertvoller Beitrag der Kirchen zur Festigung der Demokratie.

Martin Ott